

Basel, 4. April 2009

Medienmitteilung

Versicherte bezahlen diese Deckungslücke nicht!

Die Pensionskasse Basel-Stadt wurde ungenügend ausfinanziert. Anstelle der notwendigen Wertschwankungsreserve wurde eine Staatsgarantie darauf ins Gesetz geschrieben. Jetzt muss die Wertschwankungsreserve buchhalterisch an das Deckungskapital angerechnet werden. Die Regierung muss im Gesetz gemachte Zusagen einhalten! Die Versicherten sind nicht bereit, für die unzulängliche Ausfinanzierung zu bezahlen!

Der Verwaltungsrat der Pensionskasse Basel-Stadt hat am 30. April ein Sanierungskonzept beschlossen, mit welchem die aktuelle Deckungslücke von 1,2 Mrd. Fr. gefüllt werden soll. Dieses belastet das Kantonspersonal erneut mit einem Prozent Teuerung, die nicht ausgeglichen wird, die Pensionierten müssen solange auf jede Rententeuerung verzichten, bis die Kaufkraft ihrer Renten seit 1.1.2008 mehr als 20% abgenommen hat.

Der vpod weist eine Beteiligung der Versicherten am Füllen dieser Deckungslücke vehement zurück!

Gegen den Widerstand des VPOD wurde die Pensionskasse per 1.1.2008 ausfinanziert, die Staatsgarantie wurde abgeschafft. Das gesamte Deckungskapital wurde den Finanzmärkten ausgesetzt – und dabei 1,2 Mrd. verscherbelt. Schon nach einem Jahr hat sich gezeigt, dass das Teilumlageverfahren mit einem Zieldeckungsgrad weit geringere Risiken birgt als die volle Ausfinanzierung.

Die Konstruktion der Kasse war zudem hoch riskant. Statt einer Wertschwankungsreserve gab es darauf eine Staatsgarantie. Derart magersüchtig hätte sie einen Ertrag von 4,6% erwirtschaften müssen. Das haben die bürgerlichen Parteien zu verantworten, die nicht dazu bereit waren, die Kasse – wenn schon – nachhaltig auszufinanzieren. Jetzt rufen sie nach Leistungsabbau.

Bereits bei dieser ersten Ausfinanzierung mussten die Versicherten sich beteiligen: Das Personal mit einem Lohnprozent und die Pensionierten mit einem auf 0,5 Prozent beschränkten Teuerungsausgleich. Ein erneuter Abbau der Kaufkraft von rund 34'000 Versicherten (Aktive und RentnerInnen) ist in der derzeitigen Wirtschaftskrise völlig kontraproduktiv.

Der Bundesrat hilft der UBS mit 68 Milliarden Franken aus der selbstverschuldeten Krise – die Pensionskassenversicherten, die Opfer dieser Finanzwirtschaft, werden zur Kasse gebeten. Das Kantonspersonal und die RentnerInnen sind nicht bereit, erneut für die Fehler anderer zu bezahlen: Weder für die Folgen des Casinokapitalismus noch für die hoch riskante Konstruktion der Pensionskasse!

Die Verantwortung liegt bei Arbeitgeberseite. Der Verwaltungsrat ist zwar paritätisch zusammengesetzt. Die Arbeitgeberseite und die Regierung waren aber nicht bereit, die Verantwortung, die sie mit der Staatsgarantie auf der nicht real vorhandenen Wertschwankungsreserve haben, wahrzunehmen. Der vpod fordert das Einschliessen der Wertschwankungsreserve. Nach aktuellen Berechnungen macht sie einen Betrag in der Grössenordnung der aktuellen Deckungslücke aus. Mindestens müsste die Wertschwankungsreserve bei der Berechnung des Deckungsgrades buchhalterisch angerechnet werden. Dann läge der Deckungsgrad jetzt nicht unter 95% und eine Sanierung wäre nicht zwingend. Die Rückkehr zum Teilumlageverfahren mit Staatsgarantie auf dem gesamten Deckungskapital muss nach der aktuellen Finanzkrise wieder diskutiert werden.